

Zulassungsstopp für Business Apartments!

Die HITrental AG bewirtschaftet in verschiedenen Schweizer Städten Apartments und Ferienwohnungen., davon rund 90 Stück in Zürich. Vorletzte Woche hat diese kommerzielle Vermietungsfirma ein nachträgliches Baugesuch für die Umnutzung von Wohnungen an der Birmensdorferstrasse 543 zu Business Apartments eingereicht. Was wie ein simpler und unbedeutender Verwaltungsakt aussieht, offenbart wie Wohnspekulant*innen unter dem Schirm der stadträtlichen Untätigkeit ihre Pfründe sichern wollen. Offensichtlich versuchen zurzeit einzelne Anbietende von Kurzzeitvermietungen bereits vollzogene Zweckentfremdungen von Mietwohnungen baurechtlich legalisieren zu lassen, bevor das 2021 auf Antrag der AL beschlossene Verbot solcher Nutzungen in Wohngebieten definitiv in Kraft tritt. Die AL fordert die Bausektion des Stadtrats auf, diesen dreisten Umgehungsversuch zu stoppen und die Bewilligung zu verweigern.

Endlich Paragraph 234 PBG anwenden

Gegen die BZO-Revision von 2021 ist noch eine Beschwerde vor dem Bundesgericht hängig. Aber: Das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) bietet den Baubehörden mit § 234 bereits heute eine explizite Handhabe, um das Unterlaufen bereits beschlossener planerischer Massnahmen zu verhindern, indem sie eine negative Vorwirkung geltend machen können. Entgegen der einhelligen Lehrmeinung beharrt der Stadtrat mit fadenscheinigen Begründungen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass der beschlossenen Nichtanrechnung von Business Apartments an den Wohnanteil keine solche Vorwirkung zukomme. Doch das ist noch nicht alles: Auf seiner Webseite weist das Amt für Städtebau interessierte Vermietungsfirmen sogar explizit darauf hin, dass diese Regelung „keine negative Vorwirkung“ entfalte. Die Umgehungsmöglichkeit wird damit auf dem Präsentierteller serviert. Mit der Brutalität und Tragik der Wohnkrise, der Gentrifizierung, den Menschen, die diese Wohnungen verlassen müssen, dürfen sich andere auf der Strasse und im Parlament befassen. Lösungen hierfür sind bezeichnenderweise nicht auf der Homepage von Stadtrat Odermatts Dienstabteilung zu finden.

AL fordert sofortigen Zulassungsstopp für Business Apartments

Statt vollmundig ein neues „Programm Wohnen“ mit lauter guten Vorsätzen zu präsentieren, sollte der Stadtrat endlich von seiner passiven Haltung in Sachen Airbnb und Business Apartments abrücken und die weitere Ausbreitung dieses Wohnungsklaus stoppen. Was nützt es uns, die höchsten Hochhäuser der Schweiz zu bauen, wenn sie mit stadträtlichem Segen den Tourist*innen anstatt der Wohnbevölkerung zugutekommen? Wir fordern erneut André Odermatt trotz seines Weggangs aus seiner Lethargie aufzuwachen und den Diebstahl von Wohnraum in unserer Stadt endlich zu stoppen. Es ist nie zu spät, um politisch klug zu handeln.

Für Rückfragen:

Tanja Maag; Gemeinderätin AL; 079 789 68 58